



GEMEINDE  
**Harsum**  
DER BÜRGERMEISTER

LANDKREIS HILDESHEIM

Gemeinde Harsum · 31175 Harsum · Postfach 44

31177 Harsum · Oststraße 27  
Telefon 0 51 27 / 405-0 Telefax 0 51 27 / 405-44  
Email: [Info@harsum.de](mailto:Info@harsum.de) <http://www.harsum.de>

**Piratenpartei**  
**Kreisverband Hildesheim**  
z.Hd. Herrn Johannes Diestelmann  
Bahnhofsallee 25  
31134 Hildesheim

Besuchszeiten:

Montag	8.30 - 12.00 Uhr	14.00 - 18.00 Uhr
Dienstag	nach Vereinbarung	
Mittwoch	7.00 - 8.30 Uhr	(nur Bürgerservice)
	8.30 - 12.00 Uhr	
Donnerstag	8.30 - 12.00 Uhr	14.00 - 17.00 Uhr
Freitag	8.30 - 12.00 Uhr	

Sollte Ihr Gesprächspartner einmal nicht zu erreichen sein, bitten wir um Ihr Verständnis.

Auskunft erteilt: **Herr Wiesenmüller**  
Email: [ThomasWiesenmueller@harsum.de](mailto:ThomasWiesenmueller@harsum.de)

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Telefon-Durchwahl

Datum

12 91 20 wi/wu

05127/405-130

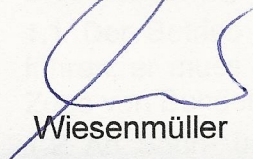
20.06.2013

**Wahlwerbung anlässlich der Bundestagswahl am 22.09.2013**

Sehr geehrter Herr Diestelmann,

unter Bezugnahme auf Ihr per E-Mail übersandtes Schreiben vom 03.06.2013 teile ich Ihnen mit, dass gegen die von Ihnen beabsichtigten Plakatierungsmaßnahmen im Rahmen des als Anlage beigefügten Runderlasses keine Bedenken bestehen und es einer gesonderten Erlaubnis dazu nicht bedarf.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Wiesenmüller

**Piratenpartei**  
**Hildesheim**

Eingang: 27. Juni 2013

Scan:

LV

KV

#12330/20168

Postbank Hannover  
1659 - 303 (BLZ 250 100 30)  
BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE15 2501 0030 0001 6593 03

Sparkasse Hildesheim  
031 831 316 (BLZ 259 501 30)  
BIC: NOLADE21HIK  
IBAN: DE12 2595 0130 0031 8313 16

Volksbank Hildesheim eG  
1445 100 (BLZ 259 900 11)  
BIC: GENODEF1HIH  
IBAN: DE 06 2599 0011 0001 4451 00



G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Lautsprecher- und Plakatwerbung aus Anlass von Wahlen  
RdErl. d. MW v. 19.2.2009 - 43-30056/3310 -  
Nds. MBl. Nr. 10/2009, S. 306-307  
- VORIS 93150 -

- Im Einvernehmen mit dem MI -

Lautsprecher oder Plakatwerbung aus Anlass von Wahlen zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, zum Niedersächsischen Landtag und zu kommunalen Vertretungen sowie aus Anlass von Direktwahlen nach § 2 Abs. 6 NKWG gehören zum Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 GG). Im Hinblick auf dieses Grundrecht und das Parteienprivileg gemäß Artikel 21 Abs. 1 GG verdichtet sich das den zuständigen Behörden zustehende Ermessen für die Erteilung der erforderlichen Ausnahmegenehmigungen und Sondernutzungserlaubnissen in der Wahlkampfschlussphase in der Regel zu einem Anspruch der Wahlvorschlagsträger auf Erteilung der erforderlichen Erlaubnisse.

### 1. Lautsprecherwerbung

Nach § 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StVO ist der Betrieb von Lautsprechern auf öffentlichen Straßen verboten, wenn dadurch Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in einer den Verkehr gefährdenden oder erschwerenden Weise belästigt oder abgelenkt werden können.

Aus Anlass der o. g. Wahlen wird für Lautsprecherwerbung auf Straßen in Niedersachsen für diejenigen, die sich mit Wahlvorschlägen an den o. g. Wahlen beteiligen, nach § 46 Abs. 2 Satz 1 StVO unter dem Vorbehalt des federzeitigen Widerrufs die nachstehende Ausnahme von § 33 StVO genehmigt:

Abweichend von § 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StVO dürfen Lautsprecher zum Zweck der Wahlwerbung innerhalb geschlossener Ortschaften innerhalb einer Zeit von zwei Monaten vor dem Wahltag, nicht aber am Wahltag selbst, betrieben werden.

Die Ausnahmegenehmigung gilt mit folgender Maßgabe:

1.1 Der Betrieb von Lautsprechern darf nicht zur Gefährdung des Straßenverkehrs führen; er muss insbesondere auf verkehrsreichen Straßen (z. B. Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen) sowie an Verkehrsknotenpunkten unterbleiben.

1.2 An Sonn- und Feiertagen ist Lautsprecherwerbung unzulässig. An den übrigen Tagen darf die Lautsprecherwerbung nur außerhalb der Hauptverkehrszeiten in der Zeit von 9.00 bis 16.00 Uhr und von 18.00 bis 21.00 Uhr durchgeführt werden. In Wohngebieten ist die Wahlwerbung mit Lautsprechern ferner während der Mittagszeit von 13.00 bis 15.00 Uhr unzulässig. Sie soll eine Gesamtzeit von vier Stunden pro Tag nicht überschreiten.

1.3 Im Umkreis von 300 m von Krankenhäusern, Schulen, Pflege- und Altenheimen, ähnlichen Einrichtungen sowie von Kirchen zu Zeiten des Gottesdienstes, ferner in der Nähe von anderen auf öffentlichen Straßen durchgeführten Veranstaltungen (Straßenfeste, Sportveranstaltungen o. A.) hat die Wahlwerbung mit Lautsprechern zu unterbleiben.

1.4 Die Lautstärke der Lautsprecherwerbung darf einen Spitzenwert von 85 db(A), gemessen vor dem nächstgelegenen Fenster eines Wohnraums, nicht überschreiten.

1.5 Weisungen von für die Überwachung des Straßenverkehrs zuständigen Personen, die dieser Ausnahmegenehmigung entgegenstehen, ist Folge zu leisten.



1.6 Die jeweilige Veranstalterin oder der jeweilige Veranstalter hat die Haftung für alle Schäden zu übernehmen, die sich im Straßenverkehr durch die Lautsprecherwerbung für Dritte ergeben.

## **2. Plakatwerbung**

Nach § 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 StVO ist Plakatwerbung auf öffentlichen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften verboten, wenn dadurch Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in einer den Verkehr gefährdenden oder erschwerenden Weise belästigt oder abgelenkt werden können.

Durch § 3 Abs. 1 Nr. 12 AllgZustVO-Kom ist den Straßenverkehrsbehörden die Befugnis übertragen worden, Ausnahmen von diesem Verbot gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 StVO zu genehmigen.

Dazu werden folgende Hinweise gegeben:

**2.1 An Bundesautobahnen und Kraftfahrstraßen ist Plakatwerbung unzulässig.**

**2.2** Aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ist Plakatwerbung im Bereich von Kreuzungen und Einmündungen, vor Fußgängerüberwegen und Bahnübergängen, unter Brücken und am Innenrand von Kurven grundsätzlich unzulässig.

**2.3** Abweichend von § 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 StVO darf Plakatwerbung zum Zweck der Wahlwerbung innerhalb einer Zeit von zwei Monaten unmittelbar vor dem Wahltag durchgeführt werden.

**2.4** Die Plakatwerbung darf nach Ort und Art der Anbringung sowie nach Form und Farbe der Plakate nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und -einrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen. Auf § 33 Abs. 2 StVO wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

**2.5** Das Annageln von Plakaten an Straßenbäumen sowie die Befestigung von Werbeträgern und Plakaten an Pfosten vorhandener Verkehrszeichen und -einrichtungen sind unzulässig.

**2.6** Plakattafeln, -träger und Stellflächen müssen standsicher aufgestellt werden.

**2.7** Bei der Anbringung von Werbeträgern an Straßeneigentum, insbesondere an Straßenbäumen, ist das Lichtraumprofil freizuhalten.

**2.8** Vor Beginn der Plakatwerbung sind die für die Durchführung von § 45 StVO zuständigen Straßenverkehrsbehörden über die Vorhaben der Plakatwerbung zu unterrichten, damit diese Behörden ggf. die für die Sicherheit des Verkehrs erforderlichen zusätzlichen Auflagen jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten festlegen können.

**2.9** Die Plakatwerbung ist nach dem Wahltag unverzüglich zu entfernen.

## **3. Straßenrecht**

Für die Regelungen des Straßenrechts gilt:

**3.1** Das Aufstellen von Plakattafeln (Stellschildern) sowie das Anlehnen oder Aufhängen von Plakaten an Masten, Straßenlaternen oder Bäumen im Straßenraum innerhalb der geschlossenen Ortschaften (im Zusammenhang bebaute Ortsteile) gehört zwar nicht zum Gemeingebrauch, vgl. § 7 FStrG i.d.F. vom 28.6.2007 (BGBl. I S. 1206) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 14 NStrG i.d.F. vom 24. 9. 1980 (Nds. GVBl. S. 359) in der jeweils geltenden Fassung, muss aber für die Zeit des Wahlkampfes innerhalb einer Zeit von zwei Monaten unmittelbar vor dem Wahltag grundsätzlich zugelassen werden.

**3.2** Eine Plakatwerbung in der angegebenen Art überhaupt zu untersagen oder örtlich oder zeitlich in einer Weise einzuschränken, die der Ausübung des insoweit besonders bedeutungsvollen Grundrechts der freien Meinungsäußerung entgegensteht, wäre nicht



GEMEINDE  
HOTSUM

verfassungskonform. Die Einräumung einer Sondernutzung (nach § 8 FStrG, 18 NStrG) oder vertraglicher Nutzungsrechte darf aus diesem Grund nicht von der Zahlung einer Gebühr abhängig gemacht werden.

Hinsichtlich der Anbauverbote (20 m an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) gilt, dass aufgrund der vorgenannten Rechtslage die notwendigen Gründe des Wohls der Allgemeinheit, die für eine Ausnahmeregelung vorliegen müssen, wegen des mit der Wahl verbundenen öffentlichen Interesses als gegeben anzusehen sind. Einer erneuten Prüfung auf Vereinbarkeit mit den Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs bedarf es wegen der bereits erfolgten Prüfung nach § 33 StVO nach Straßenrecht nicht mehr.

#### 4. Sonstiges Recht

Nach anderen Vorschriften (z.B. Baurecht) notwendige Genehmigungen oder Erlaubnisse werden von den Ausnahmegenehmigungen nach dem Straßenverkehrs- und Straßenrecht unberührt und müssen ggf. zusätzlich eingeholt werden.

#### 5. Schlussbestimmungen

Dieser RdErL. tritt am 15. 3. 2009 in Kraft und mit Ablauf des 31.12. 2014 außer Kraft.

An die

Landkreise, kreisfreien und großen selbständigen Städte, selbständigen Gemeinden, übrigen Gemeinden, soweit Straßenverkehrsbehörden  
Behörden der Straßenbauverwaltung

Nachrichtlich:

An die

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Nds. MBl. Nr. 10/2009, S. 306

Piratenpartei  
Hildesheim